

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Nachhaltiger Landtag – Mit Vorbild unserer Verantwortung gerecht werden

Der Landtag wolle beschließen:

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind Leitlinien einer Politik, die ökonomisch, ökologisch und sozial ihrer Verantwortung gerecht wird. Eine nachhaltige Politik sorgt dafür, dass unsere Generation nicht auf Kosten kommender Generationen lebt. Was für die öffentlichen Haushalte gilt, gilt für uns erst recht für die Ressourcen unseres Planeten.

Das Bewusstsein für die Relevanz unseres Handelns ist durch die aktuellen Ereignisse in der Welt noch einmal geschärft worden. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine Zäsur, nicht nur mit Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik, sondern insbesondere bezogen auf die Energiepolitik.

Mehr denn je steht die Reduzierung einseitiger Abhängigkeiten im Fokus des Geschehens, um eine sichere und verlässliche Energieversorgung – auch für nachfolgende Generationen – zu gewährleisten. Die aktuelle Situation macht unmissverständlich klar, dass wir kurzfristig nur durch den ideologiefreien sowie unvoreingenommenen Einsatz sämtlicher zur Verfügung stehender Technologien, und mittelfristig insbesondere durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien, unabhängiger vom Import russischen Gas werden und eine bezahlbare und sichere Energieversorgung für unser Land und Europa gewährleisten können.

Doch auch wenn die aktuelle Lage beispielsweise eine massive Verstromung von Steinkohle notwendig und unumgänglich macht, verlieren wir die Nachhaltigkeitsziele auch in der Energiepolitik nicht aus den Augen. Die Bekämpfung des Klimawandels und die Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen bleiben auch jetzt zentrale Aufgaben der Politik. Dazu gehört auch die Tatsache, dass dies zu Veränderungen für viele Menschen im Alltag führen wird. Durch eine kluge Verbindung aus technologischen Innovationen und individuellen Verhaltensänderungen können wir dies so gestalten, dass wir Lebensqualität und Wohlstand in unserem Land auch für zukünftige Generationen sichern.

Hierfür braucht es jedoch soziale Ausgewogenheit und gesellschaftliche Akzeptanz. Hier ist entscheidend, dass die Politik ihrer Vorbildfunktion gerecht wird und mit gutem Beispiel vorangeht.

Das reine Bekenntnis zu Nachhaltigkeitszielen und wohl eingeübte Rhetorik zum Klimaschutz genügen nicht mehr. Der Landtag wird daher das Prinzip der Nachhaltigkeit noch in dieser Legislaturperiode in die Verfassung des Saarlandes aufnehmen, um seine Bedeutung für jegliches staatliches Handeln auch rechtlich zum Ausdruck zu bringen.

Der saarländische Landtag muss sich dieser Verantwortung aber auch im konkreten Alltag als Institution bewusst sein. Der Landtag muss seinen Beitrag dadurch leisten, dass Landtagsverwaltung und Landtagsfraktionen in einem strukturierten Prozess mit klar definierten Maßnahmen am Ziel der Nachhaltigkeit konkret arbeiten.

Dazu fordern wir die Landtagsverwaltung auf, ein Umweltmanagement aufzubauen und dafür insbesondere:

- Eine umfassende Analyse der aktuellen Verbräuche hinsichtlich des Energie- und Wasserverbrauchs, durchzuführen sowie den CO₂-Fußabdruck von Landtag und Fraktionen zu errechnen. Dabei wollen wir den gesamten parlamentarischen Alltag vom immer noch postalisch versandten Antragspapier bis hin zu den Dienstfahrzeugen und den im Landtagsrestaurant verbrauchten Lebensmitteln betrachten.
- Eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Saarländischen Landtag zu entwickeln, die sich angelegt an die Empfehlungen des Expertinnen- und Expertenteams Nachhaltigkeit zunächst mit folgenden prioritären Handlungsfeldern befasst:
 - Energie und Klimaschutz
 - Nachhaltiges Wirtschaften und Konsum
 - Mobilität und Bauen
- Zu diesen Handlungsfeldern stecken wir uns ambitionierte Ziele und werden insbesondere folgende Maßnahmen umsetzen:
 - Energie- und Klimaschutz:
 - Die Raumtemperaturen in genutzten Räumen auf maximal 19 Grad Celsius anpassen.
 - Eine Raumplanung erstellen, die einzelne Räume des Parlaments im Winter aus der Nutzung nimmt und dadurch eine geringere Beheizung ermöglicht.
 - Durch die Optimierung der bestehenden Wärmeversorgung im Bereich der Regelung und Einstellungen insbesondere durch die Einführung eines kontinuierlichen Energiecontrollings und Energiemanagements mit Erstellung eines jährlichen Monitoringberichts und ein Reporting über die kontinuierliche Umsetzung kurz- und mittelfristiger Energieeinsparmaßnahmen.

- Die Beleuchtung innen und außen, auch durch den Einsatz intelligenter Beleuchtungssysteme, auf das unter Sicherheitsgesichtspunkten notwendige Maß reduzieren.
- Energie-Effizienz des Fraktionsgebäudes ist in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und bei Bedarf sind Anpassungsmaßnahmen einzuleiten.
- Bei gegebener ökologischer und ökonomischer Sinnhaftigkeit eine Photovoltaikanlage insbesondere auf dem Dach des Fraktionsgebäudes in der Talstraße installieren.
- Bei gegebener ökologischer und ökonomischer Sinnhaftigkeit eine Fassadenbegrünung, Dachbegrünung und Wärmedämmmaßnahmen insbesondere am Fraktionsgebäude einführen.
- Durch Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Abgeordneten Energie- und Wasserverbrauch reduzieren.

- Nachhaltiges Wirtschaften und Konsum:
 - Die Beschaffung von Lebensmitteln für das Restaurant des Landtags auf regionale und saisonale Produkte weitestgehend umstellen und damit klimafreundlicher zu machen.
 - Die Verpflegung durch das Landtagsrestaurant so umzustellen, dass das Wegwerfen von Lebensmitteln möglichst auf Null reduziert werden kann.
 - Die Aktenführung und die Kommunikation innerhalb des Landtags und der Fraktionen bereits im nächsten Jahr auf papierlos umstellen und damit den Saarländischen Landtag zu einem digital arbeitenden Parlament entwickeln und in einem ersten Schritt insbesondere auf den Ausdruck sowie das postalische Zusenden von Unterlagen verzichten.

- Mobilität und Bauen:
 - Den Energie- und Kraftstoffverbrauch der Fahrzeugflotte des Landtags und der Fraktionen durch umweltfreundliche und nachhaltige Fahrzeuge reduzieren.
 - Die E-Ladeinfrastruktur für PKW und E-Bikes in der Tiefgarage des Landtags verbessern und auch den Abgeordneten gegen Entgelt zugänglich machen.
 - Die sicheren Abstellmöglichkeiten für E-Bikes für Gäste, Mitarbeiter und Abgeordnete ausweiten.
 - Die Möglichkeit zu Beantragung eines Job-Tickets wie in der saarländischen Landesverwaltung auch auf alle Mitarbeiter in Parlament und Fraktionen auszuweiten.
 - Eine Zertifizierung als „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ zu erarbeiten, indem insbesondere ein Fahrrad-Leihsystem sowie die Möglichkeit zur Anschaffung eines Job-Bikes für Mitarbeiter in Parlament und Fraktionen schaffen.
 - Durch eine kleinere Parzellierung der Grünflächen im Bereich des Landtags mehr Lebensräume, auch durch das Anlegen zusätzlicher Insektenflächen, schaffen.

- Der Prozess, im Rahmen dessen auch eine EMAS-Zertifizierung anzustreben ist, soll begleitet werden durch einen Rat von Bürgerinnen und Bürgern, die durch Losverfahren in dieses ehrenamtliche Gremium berufen werden. Zudem wollen wir das Expertinnen- und Expertenteam Nachhaltigkeit dazu einladen, mit ihrer Expertise den Landtag des Saarlandes zu unterstützen.
- Daneben wollen wir es der Öffentlichkeit ermöglichen, dieses Projekt des Parlaments und der Fraktionen anhand transparenter Zwischenberichte über die Zielerreichung permanent zu verfolgen.
- Binnen eines Jahres werden wir als Parlament und Fraktionen einen Nachhaltigkeitsbericht über die eingeleiteten Maßnahmen und deren erste Ergebnisse im Rahmen einer Plenardebatte im vierten Quartal 2023 der Öffentlichkeit vorstellen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.